

# **Profilbildung und Standortplanung der österreichischen Universitäten**

Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft  
12. - 13. 12. 2008

## **Zur Profilbildung der Universitäten Einige Gedanken aus ministerieller Sicht**

Günther Burkert-Dottolo

### Einleitung

Zuerst ist der österreichischen Forschungsgemeinschaft zu danken, die wiederum ein aufgrund der demnächst stattfindenden Leistungsvereinbarungsverhandlungen für die Universitäten sehr brennendes Thema aufgegriffen hat. Die Universitäten werden durch die Leistungsvereinbarungen zu einem bestimmten Leistungsspektrum verpflichtet, weshalb diese natürlich massive Auswirkungen auf das Profil bereits haben und noch mehr haben werden. Eine Tagung der Forschungsgemeinschaft im Jahre 2005 hat sich mit der neuen Rollenverteilung nach dem UOG 2002 beschäftigt. Dabei wurde dem BMWF folgende Rolle zugewiesen: „Im Ausgleich der divergierenden Interessen der einzelnen Standorte fällt dem Ministerium die nicht einfache Rolle der übergeordneten Planung und Koordination zu.“<sup>1</sup> Es gibt also eine klare, gesetzlich grundlegende Verantwortung der Hochschulpolitik für strategische Entscheidungen des Hochschulwesens. Dies unterstreicht auch der Vorsitzende der Universitätenkonferenz Christoph Badelt, wenn er „die Notwendigkeit einer politischen Gesamtvorstellung, die von der Regierung zu formulieren ist, ausdrücklich“<sup>2</sup> anerkennt.

### Bisherige Aktivitäten

Kritiker werfen dem BMWF nun vor, dass in den ersten Jahren nach Einführung des UOG 2002 politische Gestaltungsvorstellungen für den tertiären Sektor nicht erkennbar gewesen wären. Die Kritiker übersehen dabei aber gern, dass allein mit dem im Jahr 2007 ausgeschriebenen Programm Forschungsinfrastruktur IV und Vorziehprofessuren 2007/2008 Schwerpunktsetzung und Profilbildung der Universitäten mit 47,1 Millionen Euro gefördert wurden<sup>3</sup>. Schon vorher – nämlich 2005/2006 – gab es Finanzierungsanreize zur Förderung der Profilentwicklung im Rahmen der aus dem Globalbudget einbehaltenen Mittel – insgesamt immerhin 20,5 Millionen Euro. Das Ziel, die Universitäten bereits bei ihrer Profilentwicklung in der Implementierungsphase finanziell zu stärken und die Profilentwicklung entsprechend zu fördern<sup>4</sup> wurde damit jedenfalls auch unterstützt.

### Ist-Zustand

Emil Brix hat bei seiner Einleitung der diesjährigen Tagung zu Recht festgehalten, dass die Forschungsgemeinschaft sich zur Aufgabe gestellt hat „mit den Universitäten für die Universitäten etwas tun“ zu wollen. Dies hat nach dem neuen Rollenverständnis wohl auch für das BMWF zu gelten. Nicht zuletzt die neu eingerichtete Abteilung für Forschungspolitik der Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten (II/8) ist ein Zeichen dafür, dass das BMWF bereit ist, diese Aufgaben auch tatsächlich wahrzunehmen. Die Abteilungen der Forschungssektion wurden in die Leistungsvereinbarungs-gespräche eingebunden, um auch hier die Vorbereitung für die Leistungsvereinbarungsverhandlungen im Jahr 2009 inhaltlich

---

<sup>1</sup> Universitäre Leistungsvereinbarungen im Spannungsfeld von Bestandssicherung, Transformation und Profilbildung im Wettbewerb, Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft 16.-17.12.2005, Baden bei Wien

<sup>2</sup> Christoph Badelt, Kooperationsmöglichkeiten und –bedarf im Profilbildungsprozess der Universitäten, in: Das Universitätsgesetz 2002. Erfahrungen und notwendige Verbesserungen, Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft 7.-8.12.2007, Baden bei Wien

<sup>3</sup> Universitätsbericht 2008, Wien 2008, S.15

<sup>4</sup> Ebda. S. 39

voranzutreiben. Als Langfristziel ist für die dritte Leistungsvereinbarungsverhandlung eine Forschungslandkarte der österreichischen Universitäten angepeilt, die aber auch Fachhochschulen und Privatuniversitäten erfasst, in einem zweiten Schritt jedenfalls aber auch auf die außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit einbezieht.

Für die zweite Leistungsvereinbarungsverhandlungsrunde wurde ein Forschungsteam zusammengestellt, das Mitte März 2009 die ersten Ergebnisse einer vergleichenden Analyse österreichischer Universitäten zumindest für den Forschungsteil präsentieren wird. Diese erste Tagung zur Forschungspolitik der österreichischen Universitäten soll im Geiste der guten Kooperation zwischen dem BWF und den Universitäten stattfinden, da diese Forschungslandkarte nur gemeinsam weiterentwickelt werden kann<sup>5</sup>.

### Spezialisierung und Fokussierung

Hochschulsysteme befinden sich – zumindest in Europa – in einer Phase rasanter Veränderung. Dies ist vor allem auf geänderte Ansprüche an Universitäten und einen verstärkten Wettbewerb zwischen den Universitäten zurückzuführen, der zunehmend auch international geführt wird. Die nationale Hochschulpolitik steht damit vor der Herausforderung die Rahmenbedingungen für nationale Universitäten so zu gestalten bzw. anzupassen, dass diese in der Lage sind, den Ansprüchen und dem Wettbewerb adäquat zu begegnen.

Die Diskussion von Zielen für jede einzelne Universität hat aber auf Basis realistischer Erwartungen zu erfolgen. Dabei wird deutlich zumachen sein, dass sich Universitäten nicht auf alle ihnen zugeordneten Funktionen gleichzeitig konzentrieren können, weshalb eine strategische Positionierung erforderlich ist. Dabei sind die Möglichkeiten einzelner Universitäten von den Aktivitäten anderer Hochschulakteure abhängig. Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Hochschulen muss daher die wechselseitigen Abhängigkeiten im Hochschulsystem beachten. Eine Ausrichtung aller österreichischen Universitäten als Spitzenforschungseinrichtungen erscheint daher aus dieser Sicht nicht Ziel führend.

### Die Grundlagen

Dass in letzter Zeit die Diskussion um die Universitäten plötzlich so aufgeflammt ist, hat ihren Ausgangspunkt wohl in deren wachsenden Bedeutung für Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit. In wirtschaftlich hoch entwickelten Volkswirtschaften (OECD-Staaten) kann nicht (mehr) Imitation zu erfolgreichen Innovationen und damit internationaler Wettbewerbsfähigkeit beitragen, sondern erfolgreiche Innovationen müssen vor allem auf echten Neuheiten beruhen, die auf neuem Wissen beruhen. Universitäten sind damit im vergangenen Jahrzehnt wieder stärker in den Fokus der Innovations-, Technologie- und Wirtschaftspolitik gerückt.

### Nischensuche

Da ein Mitspielen im „Konzert der großen Forschungsnationen“ nur marginal erfolgen kann und hier natürlich Mainstreamforschung im Mittelpunkt der Überlegungen stehen wird, gilt es für ein kleines aber für seine Innovationsfreude bekanntes Land wohl eher, Nischensuche noch intensiver voranzutreiben. Das Beispiel des Physikers Gerhard Zeilinger zeigt hier die grundsätzliche Erfolgchance solcher strategischer Überlegungen. Stärken zu stärken gilt nur bis zu gewissen Grenzen, da „more of the same“ für einen kleinen Staat wie Österreich keine Option ist. Die Grundlage dafür schafft vor allem eine gut funktionierende Tertiärausbildung, wobei „schon von den jungen Wissenschaftler/innen ausschließlich internationale Top-Standards einzufordern sind“<sup>6</sup>.

---

5

<sup>6</sup> Gerhard Zeilinger in einem APA-Interview vom 29. Dezember 2008

## Die internationale Entwicklung

Die österreichische Entwicklung folgt hier durchaus gemeinsamen Trends der Hochschulpolitik in europäischen Staaten: eine zunehmende Autonomie und Rechenschaftspflicht von Universitäten, die Veränderung der Finanzierungsmodelle und Verwendung von Leistungsvereinbarungen, Etablierung und Forcierung von Exzellenzzentren und –initiativen, die Förderung von Zusammenarbeit mit Unternehmen und die Steigerung der Attraktivität von akademischen Karrieren.

Trotzdem muss dabei berücksichtigt werden, dass die nationalen Hochschulsysteme sich in sehr unterschiedlichen Traditionen entwickelt haben: für den deutschsprachigen Raum galt aber generell das Humboldtsche Modell. Dieses basiert auf der Freiheit der Professoren in der Lehre (keine Einflussnahme durch den Staat) und die Freiheit der Studierenden (z.B. keine Anwesenheitspflicht).

Die erwähnten Veränderungen der Hochschulpolitik haben zu stärkerer Zusammenarbeit zwischen und innerhalb von Universitäten (auch interdisziplinär) und generell zu einer stärkeren Differenzierung der Ausrichtung von Universitäten geführt. Dabei bietet der Prozess der Profilbildung und Differenzierung unterschiedliche Optionen für Universitäten, wobei die Wahl von den Finanzierungsmechanismen und –instrumenten beeinflusst wird. An Universitäten, die ihr Profil in der international sichtbaren Forschung stärken wollen<sup>7</sup>, hat das Bestreben in der Forschung kritische Größen und damit eine Voraussetzung für Exzellenz zu schaffen, zu Universitätszusammen-schlüssen (z.B. in Großbritannien) oder zur Bildung von virtuellen und physischen Forschungszentren zwischen Universitäten geführt (z.B. Niederlande, Belgien). Damit verbunden ist die Trennung von Forschung und Lehre in eigene Forschungs- und Lehrzentren, wobei Professor/innen vielfach sowohl in Forschungs- als auch in Lehrzentren aktiv sind. Gleichzeitig gibt es aber auch Forschende ohne Lehrverpflichtung. Die Strategie auf internationale Spitzenforschung zu setzen, ist nur erfolgversprechend, wenn die entsprechende Universität auch die erforderliche finanzielle Ausstattung hat (z.B. Exzellenzuniversitäten in Deutschland) und kann keine Breitenstrategie sein.

Universitäten, die strategisch eine Ausrichtung auf eine breite Tertiärbildung anstrengen, investieren zwangsläufig weniger in Forschung und unternehmen besondere Anstrengungen, um die Qualität der Lehre und die Adäquatheit des Lehrangebots zu verbessern. Damit verbunden ist eine Abkehr von einer streng forschungsgetriebenen Lehre, vor allem was die „Basisausbildung“ an Universitäten betrifft. Eine Differenzierung eines Universitätssystems bedeutet dabei für einige Universitäten meist zwangsläufig, dass eine forschungsorientierte Strategie für sie nicht möglich ist, da maßgebliche Teile der verfügbaren Forschungsmittel auf wenige Akteure aufgeteilt werden. Langfristig besteht für solche Universitäten die Herausforderung die hohe Qualität der Lehre ohne maßgebliche Forschung sicher zu stellen. Eine Möglichkeit dafür bieten Anreize für Kooperationen mit Forschungsuniversitäten (Beispiele dafür gibt es in Belgien). Eine andere Möglichkeit wäre ein erhebliches Maß an Forschung verpflichtend an allen Universitäten vorzuschreiben. Dies würde jedoch Mittel binden, die sonst für forschungsstarke Universitäten zur Verfügung stünden und damit die Differenzierung des Universitätssystems als Ganzes einschränken.

## Die österreichische Entwicklung

Für die Diskussion der Weiterentwicklung des österreichischen Universitäten und der damit verbundenen Anpassung der Rahmenbedingungen geht es zuerst vor allem um die Definition der Ziele des Hochschulsystems und der Hochschulen. Der Ausgangspunkt für diese Diskussion kann unter den gegebenen Rahmenbedingungen nur der angestrebte Grad der Differenzierung und das Zusammenspiel der verschiedenen Arten der österreichischen

---

<sup>7</sup> L. Georghiou (2008), Strategy to join the elite: Merger and the 2015 Agenda at the University of Manchester, in: M. McKelvey/H.Holmen, European Universities Learning to Compete: From Social Institutions to Knowledge Businesses (Cheltenham, UK)

Hochschulen sein. Die Hochschullandschaft ist international ausdifferenzierter als sie es noch vor einigen Jahren war. Länder, wie beispielsweise Großbritannien oder die USA verfügen über ausdifferenzierte Hochschulsysteme, die zunehmende Spezialisierung einzelner Einrichtungen sogar bewusst forciert. Neben den erwünschten Effizienzsteigerungen in den jeweiligen Nischen wurden im Laufe der Jahre die missionsorientierten Finanzierungselemente tendenziell ausgebaut.

Die österreichischen Universitäten könnten sich mit entsprechender Mittelallokation und Exzellenz in die Richtung des Modells britischer Forschungsuniversitäten entwickeln oder im internationalen Vergleich in der Breite möglicherweise auch dem Beispiel britischer Polytechnics annähern (also Fachhochschulen mit Universitätsstatus). Die Fachhochschulen könnten sich stärker in Richtung tertiärer Ausbildungsspezialisten entwickeln. Ihre Aktivitäten deuten allerdings auf eine Annäherung an die Universitäten hin. Derzeit stehen jedenfalls alle Szenarien zur Diskussion. Es wird darum gehen, dass die vorhandenen Profile geschärft werden, nicht jede Universität wird alles haben müssen/können. Dies zeigt sich bereits in der Berufungspolitik mancher österreichischer Universität: viele vermeiden bereits die Berufung eines klassischen Fachvertreters und versuchen Forschungsschwerpunkte durch gezielte Berufungen aufzubauen oder zu festigen. Die Wunschvorstellung müsste hier wohl sein, dass die Anzahl der Forscher/innen-gruppen eine international herzeigbare Größe umfasst – mehr als 25 wäre da wohl mehr ein Wunschziel als ein Maßstab.

Es wird darum gehen, dass neben der Mainstreamforschung, die zur Mittelallokation notwendig und wichtig ist, neue innovative Ideen zugelassen werden. Fragen wie: Wann wurde an ihrer Universität zum letzten Mal ein neuer Bereich für die Forschung von einer Einzelperson oder einer Forschergruppe losgetreten? oder Welches Umfeld hat diese Innovation, die ja bekanntlich meistens zwischen den klassischen Wissenschaftsfeldern passiert unterstützt oder erst möglich gemacht? werden hier gezielt eingesetzt werden müssen, um das Potential innovativer Forscher/innen und deren Rahmenbedingungen dafür zu erkennen und zu verbessern.

### Zukünftige Rolle des BMWF

Das BMWF muss, um seiner neuen Rolle gerecht zu werden mehr Wissen über Universitäten bekommen: So ist ~~die~~ Kenntnis der langfristigen Schwerpunkte, die Klarheit über individuelle Stärken und Schwächen, die Klarheit über Chancen und Risiken und die Vergleichbarkeit der Universitäten eine Voraussetzung für jegliche Entwicklung des Gesamtsystems. Um auf diesem Wissen eine strategische Steuerung aufbauen zu können bedarf es schlussendlich der Lenkung der Universitäten – später auch Fachhochschulen und Privatuniversitäten - im „Flottenverband“ und der Eingriffsmöglichkeit in langfristige Planung. Erst damit ist eine aktive Gestaltung der österreichischen tertiären Bildungslandschaft gesichert.

Die eingangs zitierte Forderung des Vorsitzenden der Rektorenkonferenz beginnt jedenfalls langsam Gestalt anzunehmen. Erstmals ist im Regierungsprogramm ein „Österreichischer Hochschulplan“ verankert, der die Grundlagen für die weiteren politischen Entscheidungen legen soll. Dabei wurden folgende Schwerpunkte festgelegt: strategische Leitlinien, Standortoptimierungen, Balance zwischen regionalen Bildungsangeboten und Bündelung von Forschungsinfrastruktur<sup>8</sup>. Die österreichische Regierung folgt damit einem internationalen Trend<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode 2008 – 2013, Kapitel Wissenschaft und Forschung, S. 202-208, besonders S. 203

<sup>9</sup> Vgl. beispielsweise Profilbildung an Hochschulen – Grundlage für Qualität und Exzellenz, 30.6.2004, Berlin (vgl. [www.hrk.de/de/projekte\\_und\\_initiativen/121\\_2067.php](http://www.hrk.de/de/projekte_und_initiativen/121_2067.php)), Claus Eiselstein, Profilbildung und Standortplanung. Drei Ansätze aus Baden-Württemberg, oder Antonio Loprieno, Kooperation und Konkurrenz: Prinzipien universitärer Profilbildung in der Schweiz, beides Vorträge beim Workshop Profilbildung und Standortplanung der österreichischen Universitäten, Österreichische Forschungsgemeinschaft, 12.-13.Dezember 2008

## Forschungsprofile der Universitäten

Der Diskussion um die Profilbildung liegt die Auffassung zugrunde, dass profilstarke Hochschulen erfolgreicher bei der Einwerbung von Drittmitteln und bei der Suche nach leistungsstarken Partnern sind sowie auf internationaler Ebene souveräner auftreten. Dafür muss aber auch einmal abgeklärt werden, welche Universitäten ein ähnliches Fachprofil aufweisen und dementsprechend in ihrem Leistungsprofil eher miteinander vergleichbar sind als Universitäten mit deutlich differierenden fachlichen Schwerpunktsetzungen? Kristallisieren sich jenseits der Unterscheidung nach technischen und nicht-technischen Universitäten, nach Einrichtungen mit und ohne Schwerpunkt in der medizinischen Forschung Gruppen von Universitäten heraus, die je spezifische Forschungssegmente bedienen – etwa auf Fakultätsebene? Die in Arbeit befindlichen Profilanalysen erlauben Antworten auf Fragen dieser Art, womit sich für Universitäten neue Möglichkeiten für strategische Allianzen ebenso wie für die Herausarbeitung von „Alleinstellungsmerkmalen“ ergeben. Betonen lassen sich dann nicht länger nur die Stärken innerhalb bestimmter Fächer und Forschungsfelder, sondern auch und gerade die Potenziale, die sich aus ihrer besonderen Kombination ergeben. Universitäten, die beispielsweise überdurchschnittliche Forschungsaktivitäten sowohl in den technischen wie in den Naturwissenschaften aufweisen, oder Universitäten, die sowohl in der biologischen als auch in der medizinischen Forschung stark sind, verfügen über jeweils andere Rahmenbedingungen, als Universitäten, die sich auf einzelne Fachgebiete konzentrieren – etwa wenn es um die Besetzung von Forschungsfeldern an den „Grenzen“ eben dieser Fächer geht.

Es kommt daher darauf an, die Profile der Universitäten aufeinander abzustimmen, wofür eine entsprechende Entwicklungsplanung und Berufungspolitik der Fachbereiche erforderlich ist. Forschung ist international so vernetzt, dass die Universität als Träger kaum mehr sichtbar ist. Wechselnder Lead in Forschungs Kooperationen lässt die universitären Profile verschwimmen. Um dem entgegenzusteuern werden international verschiedene Strategien angewandt: gerade für die österreichischen Universitäten scheint dabei die Zitierung der Universität auf den Buchtiteln von besonderer Bedeutung, hat doch Österreich nur wenige Verlage, die sich der wissenschaftlichen Publikationen widmen. Österreichische Forschung ist damit doppelt unsichtbar: ein deutscher Verlag und ein internationales Forschungsteam machen eine Zuordnung zu einer österreichischen Universität fast unmöglich.

Ein Ziel der Forschungspolitik muss aber auch die Sicherung der Bandbreite der Wissenschaften sein. Es liegt nämlich der Verdacht nahe, dass der Profilbildung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten weniger prestigeträchtige Studiengänge beispielsweise aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften zum Opfer fallen.

## Qualitätssicherung

Die landesweite Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Universitäten wird sicherlich stärker zu beobachten und zu verlangen sein. Es ist auffallend, dass bei den Universitäten eine große Vielfalt, teilweise aber auch Überschneidung bei den geplanten künftigen Forschungsschwerpunkten besteht. Die notwendige Abstimmung beim Aufbau von Kompetenzen, bei der Behebung von Defiziten und der Entwicklung neuer Vorstellungen ist jedoch nicht hinreichend erkennbar. Die internationale Zusammenarbeit in der Forschung hat natürlich Priorität zu haben. Diese aber als Ausrede dafür zu nutzen, keine Ressourcenverteilungsdiskussion auf österreichischem Feld zuzulassen, wird nicht mehr länger möglich sein.

Diese strategische Zielsetzung entspricht voll und ganz der in der vergangenen Legislaturperiode eingeleiteten Umorientierung in der Forschungsförderung des Bundes, die von folgendem Prinzip ausgeht: Am gleichen Ort muss kooperiert und nicht konkurrenziert werden. Wien hat dabei noch eine Ausnahmestellung, weil ca. 50% des BMWF - Budgets dorthin fließen. Es gibt keine Disziplin in der Forschungslandschaft, die in Wien nicht vertreten wäre. Aus diesem Potential mehr zu machen ist wohl eine Forderung der Zeit.

Alle diese Überlegungen münden wohl in der Conclusio, dass es am BMWF liegen wird, Spielregeln für die weitere Entwicklung zu schaffen und in den Leistungsvereinbarungen zu verankern. Überlegungen gibt es schon. Es bedarf nur noch der gemeinsamen Umsetzung.

*MR UD Dr. Günther Burkert-Dottolo  
BMWf, Abt. II/8 d  
1014 Wien, Minoritenplatz 5,  
Guenter.Burkert-Dottolo@bmf.gv.at*